

„Wahlprüfsteine“ des Stadtelternbeirates Wiesbaden zur Landtagswahl in Hessen am 8.10.2023 – Antwort der AfD Hessen

Beantwortet von Heiko Scholz, MDL

Hinweis: Fragen, die gemeinsam in dem nachstehenden Textblock beantwortet werden, sind *kursiv* gesetzt.

I. Lehrkräftemangel

Der akute Lehrkräftemangel und die verheerenden Prognosen für die kommenden Jahrzehnte lassen Eltern um die Zukunft ihrer Kinder bangen. Für das Jahr 2025 wird mit ca. 2.5000 - 30.000 fehlenden Lehrkräften in Deutschland gerechnet, danach gehen die Schätzungen auseinander und prognostizieren schwindelerregende ‚Versorgungslücken‘. Besonders betroffen sind die Grundschulen und bestimmte ‚Mangelfächer‘. Fächer wie Musik, Kunst und Sport werden zu Gunsten von Hauptfächern schon als ‚verzichtbar‘ gehandelt...

Wie konnte es zu einer solchen katastrophalen Situation kommen, obwohl wir auf gut ausgebildete junge Menschen angewiesen sind? Schließlich ist die Hochschulausbildung ebenfalls Ländersache. In den Schulen braucht es nicht nur Lehrkräfte, sondern Menschen ganzverschiedener Professionen.

- Wann und in welcher Höhe erhöhen Sie den hessischen Bildungshaushalt?
Welche Bereiche werden Sie zu Gunsten der Bildung reduzieren?

Antwort: Die Höhe eines Bildungshaushaltes hängt kausal nicht mit dem Erfolg des zugehörigen Bildungssystems zusammen.

(Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Tabellen/ausgaben-schueler.html>) **Trotz Rekordausgaben für Bildung im hessischen Doppelhaushalt 2023/24 erreichen 25% der hessischen Schüler in der vierten Klasse nicht das Minimalniveau im Lesen, Schreiben, Rechnen und Zuhören, ca. 30% aller Schulabsolventen gelten nicht als ausbildungs- und**

studierfähig und müssen entsprechend in Betrieben oder Hochschulen nachgeschult werden.

Bei einer Beteiligung der AfD Hessen an einer zukünftigen Landesregierung werden wir auf jeden Fall auf eine auskömmliche Finanzierung unseres Bildungssystems achten, damit die Rahmenbedingungen in finanzieller, personeller, sächlicher und räumlicher Hinsicht erfüllt werden.

Das bedeutet: Ausreichend viele qualifizierte Lehrerpersönlichkeiten, vollumfängliche Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln und kleine, möglichst leistungshomogene Lerngruppen.

Zugleich ist das Bildungsniveau der hessischen Schulen an den jeweils Bestplatzierten auf europäischer Ebene auszurichten.

Die praxisorientierte Mittelstufenschule muss zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit unserer Schulabsolventen ausgebaut und aufgewertet werden.

- *Wie schaffen Sie kurzfristig mehr Lehramtsstudienplätze an hessischen Hochschulen?*
- *Wie reformieren Sie das Lehramtsstudium und machen es attraktiver?*
- *Wie verhindern Sie hohe Abbrecherquoten?*
- *Welche Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung werden Sie anstoßen?*
- *Wie qualifizieren Sie Quereinsteiger*Innen für den Lehrberuf?*
- *Wie schaffen Sie in den Schulen Arbeitsbedingungen, die Schulleitungen und Kollegien nicht zum Aufgeben treiben?*

Antwort: Zur Steigerung der Attraktivität - bis 2030 fehlen nach Hochrechnungen in Hessen 10.000 Lehrkräfte - planen wir eine Attraktivitätsoffensive für diesen Beruf in Hessen; denn alleine mit „mehr Geld“, wie dies unlängst mittels der Erhöhung der Besoldung für Grundschullehrer auf A13 durch die Landesregierung vorgeführt worden ist, lassen sich die Probleme in der hessischen Bildungslandschaft nicht beheben.

Hierzu werden wir im Sinne einer effizienten Berufsvorbereitung den Praxisanteil in den Lehramtsstudiengängen erweitern, um vom Studienbeginn an eine regelmäßige Überprüfung der methodisch-didaktischen Inhalte in der schulpraktischen Anwendung zu gewährleisten.

Um dieses Vorhaben zu realisieren, ist die Regelstudienzeit für alle Lehramtsstudiengänge in Hessen auf 10 Semester zu vereinheitlichen. Zudem sind die schulischen Pflichtpraktika angemessen zu vergüten.

Für ausgewiesene Mangelfächer ist ein großzügig ausgestattetes Stipendienprogramm einzurichten.

Um den Einstieg in den Lehrerberuf zu vereinfachen, wollen wir den Bewerbungsprozess beschleunigen und entbürokratisieren, um potenzielle qualifizierte Kandidaten nicht aufgrund langer Wartezeiten von ihrem Berufswunsch abzuhalten.

Wir setzen uns für die Entwicklung und Umsetzung von qualitativ hochwertigen Quereinsteigerverfahren ein.

Den Schulen ist zur Besetzung von offenen Lehrerstellen ein angemessener Ermessensspielraum zu gewähren.

Zur Entlastung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben werden wir die Einstellung von Schulverwaltungsassistenten vorantreiben, damit jene sich auf ihre Kernaufgaben - Lehren und Erziehen - konzentrieren können.

● Wie finanzieren Sie die dringend benötigten ‚multifunktionalen Teams‘ in den hessischen Schulen, von IT – Beauftragten, über Schulsozialarbeiter*Innen bis zur Gesundheitsfachkraft?

Antwort: Das Problem in diesem Bereich ist weniger die Finanzierung entsprechender Stellen, sondern deren Besetzung.

So wünschenswert „multifunktionale“ (bzw. multiprofessionelle) Teams an allen (!) hessischen Schulen wären: Es fehlen aufgrund des allgemeinen Fachkräftemangels die geeigneten Bewerber.

- Was tun Sie hinsichtlich der Entfristung von Lehrerkräften (Stichwort TV-H Verträge)?

Antwort: Die Praxis der Kettenarbeitsverträge und der Entlassung in Ferienzeiten wird beendet! Dies betraf in Hessen in den letzten Sommerferien noch ca. 3.000 Lehrer. Ein Unding! (Vgl. <https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/arbeitslos-in-hessen-werden-3000-lehrkraefte-in-den-sommerferien-92379449.html>)

Honorararbeitsverträge sind nach spätestens einem Jahr in reguläre Angestelltenverhältnisse zu überführen.

- Wie stellen Sie zukünftig eine verlässliche Planung bei der Lehrkräfteversorgung sicher?

Antwort: Die verlässliche Planung der Lehrkräfteversorgung ist im Normalfall kein großes Problem. Nach der Analyse der jeweiligen Geburtentafel entwickelt man den Personalbedarf mit einem kleinen Überhang zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung im Einschulungsjahr des betreffenden Jahrgangs. Seit 2015 bis November 2022 wurden in Hessen als Folge von legaler und größtenteils illegaler Migration laut Antwort des Kultusministeriums auf eine Anfrage der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag insgesamt 116.897 Quer- und Seiteneinsteiger - mehr als ein kompletter zusätzlicher Jahrgang - an den Schulen im Land aufgenommen. Die Zusatzkosten belaufen sich auf über eine Milliarde Euro. (Vgl. <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/10470.pdf>)

Eine entsprechende Entwicklung kann keine Bedarfsplanung der Welt voraussehen; die zusätzlichen grundständig ausgebildeten Lehrer sind auf dem Arbeitsmarkt effektiv nicht verfügbar. Der Schlüssel zu der geforderten verlässlichen Lehrerbedarfsplanung liegt also in der konsequenten Steuerung und Begrenzung der Migration nach Deutschland und Hessen.

II. Bildungsgerechtigkeit und Schulreformen

In kaum einem anderen Land hängt der Bildungserfolg eines Kindes so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. In Sachen Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit kommt auch Hessen nicht voran. Die Segregation beginnt

Alternative für Deutschland
Landesverband Hessen

bereits in den Grundschulen. Hinzu kommt, dass sich immer mehr Eltern für eine Schule in privater Trägerschaft entscheiden.

Jährlich verlassen bundesweit 50.000 Jugendliche die Schulen ohne Abschluss.

- Wenn Ihre Fraktion an der Landesregierung beteiligt würde – was wäre ein Reformprojekt an den Schulen, das Sie auf jeden Fall auf die Tagesordnung setzen würden?

Antwort: Besonders am Herzen liegt uns der Ausbau der berufsvorbereitenden Bildung und Erziehung an unseren Schulen. Diese muss für alle Bildungsabschlüsse – etwa im Rahmen der Arbeitslehre und des Werkunterrichts – eine größere Rolle spielen.

Hierzu ist ein enges Zusammenwirken der Regelschulen mit Ausbildungswerkstätten und berufsbildenden Einrichtungen, im Rahmen eines neu auszugestaltenden und in allen Schulformen verpflichtend anzubietenden Werk- und Arbeitslehreunterrichtes, anzustreben.

Regelmäßige Unternehmenspraktika müssen über die bisherigen zwei Pflichtveranstaltungen hinaus in allen Bildungsgängen zu einem festen Bestandteil des schulischen Alltags in Hessen werden.

Nur im engen Verbund mit Handwerk und Industrie kann eine praxisorientierte Ausbildung gewährleistet werden.

- Wie steht Ihre Partei zum dreigliedrigen Schulsystem und zum frühen Übergang der Schüler*Innen in eine der drei Schulformen? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die IGS (Integrierte Gesamtschule)?

Antwort: Ein leistungsorientiertes, sozial und fachlich durchlässiges, sowie differenziertes System aus verschiedenen Schulformen wie Grund-, Real- als auch praxisorientierter Mittelstufenschule, Gymnasium, Förder- und beruflicher Schule bietet die beste Gewähr für die Bildungserfolge unserer Schüler.

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

Dieses kann jedoch nur dann seine Wirkung vollumfänglich entfalten, wenn die Rahmenbedingungen in finanzieller, personeller, sächlicher und räumlicher Hinsicht erfüllt werden.

Das bedeutet: ausreichend viele qualifizierte Lehrerpersönlichkeiten, vollumfängliche Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln und kleine, möglichst leistungshomogene Lerngruppen.

Zugleich ist das Bildungsniveau der hessischen Schulen an den jeweils Bestplatzierten auf europäischer Ebene auszurichten.

Die praxisorientierte Mittelstufenschule muss zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit unserer Schulabsolventen ausgebaut und aufgewertet werden.

Demgemäß ist die Zulassung zum Gymnasium über landesweit einheitliche Aufnahmeprüfungen zu regeln.

Das Abitur muss wieder als Ausweis der allgemeinen Studierfähigkeit gelten; Hauptschulabschluss und Mittlere Reife müssen vollumfänglich zu qualifizierter Berufsausbildung im bewährten dualen System befähigen.

● Was sind Ihre Pläne, um die Bildungschancen aller Kinder zu gewährleisten? Gehört die gebundene Ganztagschule dazu? Wenn ja, wie sorgen Sie für eine ausreichende Anzahl von Lehrkräften?

Antwort: Die AfD Hessen betont ausdrücklich, dass die „Bildungschancen“ eines Schülers sich in keiner Weise an dem Besuch einer bestimmten Schulform bemisst, sondern sich in erster Linie an den Bedürfnissen und Wünschen der Kinder und Jugendlichen zu orientieren hat.

Ziel aller Schulbildung muss die Vorbereitung auf ein selbstständiges und erfülltes Berufs- wie Privatleben sein!

Die AfD bekennt sich in Fragen der Ganztagsbetreuung zur Wahlfreiheit der Eltern.

Bezüglich der Frage nach der Organisation von einer ausreichenden Anzahl an Lehrkräften verweisen wir auf die Antworten zu Themenblock I.

III. Schulsozialarbeit und Berufsvorbereitung

Schulsozialarbeit und Berufsvorbereitung sind wichtige Voraussetzung für den Lernerfolg in allen Schulformen. Bildungsprozesse gelingen häufig nur mit Unterstützung. Es geht um den Abbau von Benachteiligungen und um Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche. 700 UBUS-Stellen landesweit, davon viele unbesetzt, oft ‚gestückelt‘ auf verschiedene Schulen, reichen nicht.

- *Welchen Schlüssel ‚Anzahl Schulsozialarbeiter / Schüler‘ sehen Sie als notwendig an?*
- *Sehen Sie die Schulsozialarbeit als ‚Landesaufgabe‘ und wie finanzieren Sie den Ausbau der Schulsozialarbeit in allen hessischen Schulen?*
- *Setzen Sie sich für die rechtliche Absicherung und eine kontinuierliche Finanzierung der Schulsozialarbeit ein?*

Antwort: Eine zusätzliche Unterstützung im schulischen Alltag durch sozialpädagogische Fachkräfte erachtet die AfD Hessen für sinnvoll; eine solche ist allerdings aufgrund der personellen Mangellage nur schwer flächendeckend zu garantieren. Gleiches gilt auch für Schulgesundheitsfachkräfte.

Die Beantwortung der Frage nach einem konkreten Schlüssel „Anzahl Sozialarbeiter / Schüler“ lässt sich nur schwer beantworten, da hierzu die individuelle Situation an einer Schule in den Blick genommen werden muss.

Vor der rechtlichen Fixierung der Schulsozialarbeit sind zuerst die personellen Strukturen zu schaffen, um die Umsetzung einer flächendeckenden Unterstützung für alle Schüler durch entsprechende Angebote garantieren zu können. Die Finanzierung erachten wir als Landesaufgabe.

Was passiert, wenn die Politik ein Versprechen in der Form eines gesetzlichen Anspruches abgibt, ohne dieses erfüllen zu können, wird exemplarisch am

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung deutlich, der ab 2026 schrittweise für den Grundschulbereich gelten soll.

Laut GEW Hessen fehlen zur Erfüllung 4.300 Erzieher; der versprochene Rechtsanspruch droht zu scheitern! (Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/gew-anspruch-auf-ganztagsbetreuung-droht-zu-scheitern-18774803.html>)

Die AfD Hessen plädiert deshalb für einen konzentrierten Einsatz der derzeit vorhandenen pädagogischen Unterstützungskräfte an besonders hilfsbedürftigen schulischen Einrichtungen. Die Hilfsbedürftigkeit ist durch das örtliche Schulamt auf begründeten Antrag hin festzustellen.

Zur Abmilderung des Fachkräftemangels in diesem besonders sensiblen Bereich plädieren wir für verstärkte Fort- und Weiterbildungsprogramme für entsprechend qualifizierte und interessierte Personen.

3

IV. Schulpsychologie

Die personelle Ausstattung der Schulpsychologie in Hessen ist erschreckend. In Hessen gibt es nur 120 Planstellen. Damit kommen auf eine Schulpsychologenstelle circa 6.300 Schüler*Innen (statt 2.500, wie es die WHO empfiehlt).

Der Bedarf ist jedoch nicht zuletzt wegen Corona stark gestiegen. Fluchterfahrungen, kriegerische Auseinandersetzung in Europa, soziale und familiäre Zerwürfnisse etc. belasten Kinder zunehmend so, dass sie mit diesen Problemen nicht allein fertig werden.

- *Beurteilt Ihre Fraktion dies als wichtiges Thema für die Schulen und, falls ja, wie könnte Ihrer Meinung nach eine bessere Versorgung gewährleistet werden?*
- *Wie stellen Sie sich die Finanzierung zusätzlicher Stellen vor?*

Antwort: Die AfD forderte in jeder Haushaltsdebatte im hessischen Landtag den Ausbau der psychologischen Unterstützung im schulischen Kontext auf perspektivisch einen Schulpsychologen auf 1.000 Schüler. Derzeit liegt die Betreuungsquote bei etwa 1 zu 6.300.

Die AfD hat in der Debatte zum hessischen Doppelhaushalt 2023/24 insgesamt 30 Millionen € Mehrbedarf für die Schulpsychologie in Hessen angemeldet, um den entsprechenden Stellenaufwuchs zu finanzieren. Allerdings wurde dieser Antrag von den übrigen Parteien abgelehnt.

Vor der Finanzierungsfrage steht allerdings auch in diesem Punkt die Findung geeigneter Bewerber für die ausgeschriebenen Stellen.

V. Ganztagsbetreuung in der Grundschule

Wie ernst meinen es Bund und Ländern mit der gesetzlich garantierten Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern? Es geht um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber umso mehr auch um Bildungschancen von Kindern aus Familien mit geringen Ressourcen für Hausaufgabenunterstützung, kultureller Bildung und Sport.

Es geht um die Finanzierung des Rechtsanspruches ab 2026 und um eine nachhaltige Initiative zur Personalgewinnung. Die Qualität der Nachmittagsbetreuung darf jedoch nicht auf der Strecke bleiben. Schon heute werden in der Betreuung hauptsächlich pädagogisch nicht ausgebildete Kräfte eingesetzt.

- *Wie soll die gesetzlich verbrieft Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026 sichergestellt werden?*
- *Was tun Sie konkret, um genügend Fachkräfte zu gewinnen, Quereinsteiger zu gewinnen und weiter zu qualifizieren?*

- *Wie unterstützen Sie die Städte und Kommunen bei der Bereitstellung von schul- und wohnortnahen Räumlichkeiten für die Nachmittags- und Frühbetreuung?*

Antwort: Wir verweisen zur Beantwortung der Fragen im Wesentlichen auf unsere Antworten zum Frageblock 3.

Die AfD hat von Anfang an vor der überhasteten Einführung des Versprechens auf einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung hingewiesen.

Nach aktuellem Stand der Dinge wird sich dieses Versprechen auch 2026 nicht erfüllen lassen. Dabei handelt es sich weniger um eine Frage des politischen Willens als um die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort, die in den meisten Fällen eine adäquate Umsetzung einer qualitativ hochwertigen Ganztagsbetreuung in personeller wie räumlicher Hinsicht nicht zulassen.

VI. Schulverpflegung (Mittagessen)

Gemeinsam zu essen, stiftet Zusammengehörigkeitsgefühl und ist wichtig für den sozialen Austausch und die Klassengemeinschaft. Doch nicht nur das: Ein nicht geringer Teil von Kindern aller Altersstufen erhält zuhause kein gesundes, ausgewogenes Mittagessen. Gerade für diese Kinder ist das Mittagessen in der Schule wichtig.

Vor dem Hintergrund stark steigender Preise verteuert sich mancherorts das Mittagessen in den Schulen erheblich. Die Bezuschussung des Mittagessens ist derzeit stark von den finanziellen Möglichkeiten und den individuellen Prioritäten der Kommunen abhängig.

- *Wie soll sichergestellt werden, dass ALLE Kinder und Jugendlichen die Chance auf eine gesunde, bezahlbare Verpflegung in der Schule erhalten? Werden Sie sich für eine Preisobergrenze beim Schulessen und qualitative Vorgaben für das Essensangebot (regional, bio etc.) einsetzen?*
- *Werden Sie verpflichtende Vorgaben für die Ausstattung der Schulen mit Frischküchenvorantreiben?*

Antwort: Eine gesunde und für alle bezahlbare Schulspeisung ist nach Auffassung der AfD bei einem entsprechend langen Schultag in den Räumlichkeiten der jeweiligen Schule anzubieten. Die jeweilige Preisgestaltung ist vor Ort in den Verhandlungen zwischen Schule, Elternvertretern und dem Anbieter abzustimmen. Um die Wertigkeit einer Mahlzeit zu betonen, wenden uns entschieden gegen eine komplett zuzahlungsbefreite Schulspeisung. Für bedürftige Kinder und Jugendliche sind entsprechend der bisherigen Sozialmodelle Zuschüsse zu gewähren.

Bei Schulneubauten oder Generalsanierungen ist auf die Integration von Frischküchen - auch im Hinblick auf den Werk- und Ernährungskundeunterricht - und eines gemeinsamen Speisebereichs zu achten.

Im Hinblick auf mögliche qualitative Vorgaben „bio“ verweisen wir auf die entsprechende Antwort zum Themenblock 9.

Die Verwendung regionaler Lebensmittel ist auf jeden Fall zu berücksichtigen. Damit einher geht gleichfalls auch die Saisonalität des entsprechenden Speisenangebotes.

VIII. Digitalisierung und Medienbildung

Nachdem die Pandemie zu Fortschritten in der Digitalisierung an den Schulen geführt hat, steht der weitere Ausbau nun wieder in Frage. Der Bund zieht sich voraussichtlich zu Lasten der Länder aus dem Digitalpakt weitestgehend zurück, was sowohl den weiteren Ausbau als auch bald fällige Ersatzbeschaffungen gefährdet.

Hessen hat sich 2022 sogar per Gesetz aus der Finanzierung der digitalen Endgeräte für die Schüler*Innen verabschiedet. Kommunen, die ‚es sich leisten können‘, versuchen nun in Eigeninitiative Leasingverträge mit Eltern auf den Weg zu bringen. Chancengleichheit und gleiche Lernbedingungen für alle Kinder in Hessen werden so nicht gewährleistet.

- *Wie soll Ihrer Meinung nach die Digitalisierung der Schulen weiter vorangebracht werden? Wo setzen Sie Schwerpunkte? Werden Sie verbindliche, einheitliche Konzepte für alle Schulen einführen?*
- *Beabsichtigen Sie die konzeptionelle und finanzielle Beteiligung des Landes bei der Ausstattung der Schüler*Innen mit digitalen Endgeräten?*
- *Sehen Sie in IT-Kräften an Schulen und der Professionalisierung der Medienzentren eine Möglichkeit, die Schulen bei der Digitalisierung zu unterstützen? Und wenn ja, welche Möglichkeiten dafür werden Sie schaffen?*
- *Wie planen Sie den Ausbau der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte zum Einsatz digitaler Medien inkl. KI?*
- *Wann wird Medienbildung fester Bestandteil der Lehrpläne an hessischen Schulen sein?*
- *Haben Sie bereits Überlegungen zur Anpassung von Curricula und Prüfungsformaten angestellt, um den veränderten Rahmenbedingungen durch KI-Tools wie Chat GPT zu begegnen?*

Antwort: In einer immer stärker durch Computereinsatz geprägten Umwelt kann Schule nicht mehr ausschließlich auf analoge Wissensvermittlung setzen. Die politisch ergriffenen Maßnahmen zur Pandemieeindämmung haben der Landespolitik die erheblichen Versäumnisse in dieser Hinsicht vor Augen geführt; unsere osteuropäischen Nachbarn sind uns in der Digitalisierung des Bildungsbereiches weit voraus.

In den weiterführenden Schulen muss ein verpflichtender Informatikunterricht eingeführt werden, der grundlegende Programmierkenntnisse, Softwarebeherrschung und den Erwerb von Medienkompetenz abdeckt. Diese Kenntnisse sind für den Erfolg im künftigen Berufsalltag unabdingbar.

Gleichzeitig betonen wir mit Nachdruck den Wert der klassischen Wissensvermittlung im Grundschulbereich. Hier soll vornehmlich die fehlerfreie Beherrschung der grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Schreiben und

Rechnen erworben werden, wobei pädagogisch wertvolle digitale Lernprogramme hierbei angemessene Anwendung finden können.

Das „Schulportal Hessen“ ist in dieser Hinsicht weiter auszubauen, um Lehrern und Schülern jederzeit Zugriff auf digitale Schul- und Sachbücher, Lernprogramme sowie kostenlose und datenschutzrechtlich unbedenkliche Videokonferenz-, Text- und Bildbearbeitungsprogramme zu ermöglichen.

Zudem setzen wir dafür ein, Schüler ab der Jahrgangsstufe 5 im Rahmen der Lernmittelfreiheit zuzahlungsbefreit mit einem hessenweit einheitlichen Tablet-Computer auszustatten. Die Einheitlichkeit erleichtert die Unterrichtsgestaltung sowie die Wartung der digitalen Endgeräte durch schulzugeordnete IT-Experten.

Unser Ziel ist der sozial-kompetente, selbständig denkende Mensch. Unser Menschenbild ist ein humanistisches.

Unsere Forderung an textgenerative Programme wie ChatGPT beinhaltet zuvorderst, dass diese Programme Quellenangaben machen müssen, um beispielsweise Urheberrechtsverletzungen auszuschließen und Einordnungen vornehmen zu können.

Wer die Macht über die KI hat, hat die Macht über das Denken der Menschen.

Der Austausch objektiver Fakten und begründeter Meinungen zu einem im Unterricht behandelten Sachverhalt sowie die politische Neutralität müssen zu jeder Zeit gewährleistet sein. Die politische Neutralität textgenerativer Programme muss deshalb unter allen Umständen gegeben sein.

Zudem benötigen wir eigene KI-Lösungen und KI-Produkte, um nicht von außereuropäischen Konzernen abhängig zu sein.

Schüler brauchen Medienkompetenz, um mit dem technischen Fortschritt verantwortungsbewusst umgehen zu können.

Der Gebrauch von ChatGPT und vergleichbaren Programmen im Unterricht bedarf der medienpädagogischen Führung. Die Chancen und Risiken der Nutzung von KI müssen fächerübergreifend in die Lehrpläne eingepreist und

altersadäquat thematisiert werden. Hierzu sind die Lehrer umfassend zu schulen und Schüler als auch Eltern in diesen Prozess mit einzubeziehen.

IX. Klimaschutz und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Die Klimaveränderungen sind real. Zwar hat sich Deutschland 2015 mit der Unterzeichnung der Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen zur Förderung einer ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ (BNE) verpflichtet, doch einheitliche Standards für die Klimabildung an Schulen und die Vermittlung von Nachhaltigkeitsthemen gibt es auch in Hessen derzeit nicht.

Nachhaltigkeit und Klimaaspekte müssen aber nicht nur Lerninhalte sein, sondern sie müssen auch täglich in den Schulen ‚erlebbar‘ werden. Angefangen von der schulischen Ausstattung, den Schulprogrammen bis hin zum Mittagessen.

Klimaveränderungen machen zudem die Anpassung von Schulgebäuden und Schulhöfen notwendig.

- Wie unterstützen Sie die Kommunen bei der Ertüchtigung der Schulen (grüne Schulhöfe, Beschattung/Isolation der Gebäude, Einbau neuer Heiz- und Lüftungsanlagen...)?

Antwort: Während der Coronapandemie hat die AfD Fraktion im Hessischen Landtag zuerst für die Installation von Luftreinigungsgeräten mit Frischluftzufuhr und Klimafunktion geworben. (Vgl. <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/04000.pdf> - Punkt 7) Diese hätten sich auch nach der Pandemie als nützlich erwiesen. Ein entsprechender Finanzierungsplan wurde unsererseits in der zugehörigen Haushaltsdebatte vorgelegt. Auch diese Anträge wurde von den übrigen Parteien abgelehnt.

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

Bezüglich der übrigen angesprochenen Punkte ist festzustellen, dass die kommunalen Schulträger hier schon eine vorbildliche Arbeit leisten, die von den AfD-Vertretern in den kommunalen Gremien inhaltlich begleitet und unterstützt wird.

Zur Behebung des Sanierungsstaus an hessischen Schulgebäuden, der sich laut GEW Hessen auf ca. 5 Milliarden Euro (Vgl. <https://www.hessenschau.de/politik/hessens-schulen-im-sanierungsstau---landtag-streitet-ueber-kosten-v1,schulsanierungen-100.html>) bemisst, wollen wir zudem ein entsprechend finanziell ausgestattetes Investitionsprogramm unter Federführung des HKM auflegen. Bei der Behebung der baulichen Mängel sind insbesondere die von Ihnen aufgelisteten Standards zu berücksichtigen.

- Wann werden Sie verpflichtende Standards für die Vermittlung von Nachhaltigkeitsthemen in die hessischen Kerncurricula aufnehmen, damit sich die Schüler*Innen auf die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereiten können?

Antwort: Nachhaltigkeitsthemen werden unserer Ansicht nach bereits in den Curricula und im schulischen Alltag ausreichend berücksichtigt.

- Wann wird BIO zum Standard bei der Schulverpflegung?

Antwort: Die AfD Hessen betont ausdrücklich den Wert konventionell hergestellter Lebensmittel, die bei sachgerechter Zubereitung keinen Unterschied im Nährstoffgehalt und Geschmack zu Bio-Lebensmitteln aufweisen. (Vgl. <https://www.test.de/Qualitaet-von-Lebensmitteln-Bio-gegen-konventionell-4439536-0/>)

X. HSU (=herkunftssprachlichen Unterricht) und multikulturelle Bildung

Interkulturelle Bildung befähigt sowohl Lehrende als auch Lernende zum respektvollen Umgang mit Vielfalt in einer multikulturellen Gesellschaft. Dabei geht es darum, Vielfalt als gesellschaftliche Normalität wahrzunehmen, eine kritische und wertschätzende Grundhaltung einzunehmen sowie ausgrenzende, rassistische, sexistische Aussagen und Handlungsweisen zu erkennen, zu hinterfragen und dagegen aufzutreten.

- Wie möchten Sie junge Erwachsene mit einer Einwanderungsbiografie in größerer Zahl dazu ermutigen, den Lehrerberuf zu ergreifen?

Antwort: In Deutschland gilt das Recht der freien Berufswahl. Wenn junge Erwachsene mit einer Einwanderungsbiografie und den entsprechenden persönlichen Voraussetzungen sich für den Lehrerberuf entscheiden, so ist dies wie bei jedem anderen Bewerber auch zu begrüßen. Spezielle Werbeaktionen für Personen mit einem bestimmten persönlichen Hintergrund oder deren Bevorzugung bei Auswahl- und Einstellungsverfahren lehnen wir vor dem Hintergrund der Gleichbehandlungsgrundsätze ab.

- Wie beabsichtigen Sie der multikulturellen Bildung und der Demokratiebildung in den Schulen mehr Gewicht zu geben?

Antwort: Die AfD erachtet die existierenden schulischen Angebote für ausreichend. Demokratiebildung ist darüber hinaus nicht nur eine schulische, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

- Wie beabsichtigen Sie, den herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) für die Schüler*Innen auszubauen, so dass mehr Kindern und Jugendlichen die Teilnahme wohnortnah ermöglicht wird?

Antwort: Die AfD hält das derzeitige Angebot des herkunftssprachlichen Unterrichts in Hessen für ausreichend. (Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/bildung/schulen-wiesbaden-derzeit-herkunftssprachlicher-unterricht-in-13-sprachen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210317-99-853808>) Zwar wäre ein weiterer Ausbau der Unterrichtsangebote im Hinblick auf einheitliche Altersstrukturen in den jeweiligen Kursen wünschenswert, er ist allerdings aufgrund der örtlich sehr unterschiedlichen Gegebenheiten (gerade im Hinblick das Vorhandensein von Sprechern entsprechender Herkunftssprachen im jeweiligen Alter) nur schwer umsetzbar.

XI. Inklusion

Vor über 12 Jahren hat sich Deutschland mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention zu einer inklusiven Schule verpflichtet. Kinder und Jugendliche mit Behinderung dürfen nicht mehr vom Besuch einer Regelschule ausgeschlossen werden, sondern sollen individuell gefördert werden,

sonderpädagogische Unterstützungsangebote und einen adäquaten Nachteilsausgleich erhalten.

Der dramatische Lehr- und Fachkräftemangel sorgt jedoch dafür, dass die Inklusion an den Schulen nicht vorankommt und sich Eltern von inklusiv beschulten Kindern großen Herausforderungen gegenübergestellt sehen. Gerade in Hessen hat sich die sog. Exklusionsquote kaum verbessert.

Inklusion findet hauptsächlich in der Grundschule statt.

- *Wie setzt sich Ihre Partei für eine Umsetzung der UN-Behindertenkonvention ein und schafft adäquate Lernbedingungen für alle Kinder?*
- *Wie beabsichtigen Sie die Inklusion auch in den weiterführenden Schulen und hier insbesondere in den Realschulen und Gymnasien voranzubringen?*

Antwort: Jedwede Inklusion muss mit Augenmaß und immer im Interesse des jeweiligen Kindes vorgenommen werden.

Alle Schüler haben das Recht auf individuelle Förderung!

Nur Förderschulen garantieren die adäquate Beschulung junger Menschen mit körperlichen, geistigen, sensorischen, sprachlichen, sozial-emotionalen oder allgemeinen Lernbehinderungen.

Die in Hessen geübte Praxis, Förderschulen zu schließen, erfährt deshalb unsere strikte Ablehnung! Dahinter verbergen sich lediglich Motive zur Kosteneinsparung.

Bei Förderschulpädagogen handelt es sich um hoch qualifizierte Lehrkräfte, die ihre verantwortungsvollen pädagogischen Aufgaben in spezialisierten Förderschulen weit angemessener erfüllen können als in heterogenen Regelschulklassen.

Eine primär ideologisch motivierte Beschulung von Kindern mit den oben genannten Beeinträchtigungen an Regelschulen, führt zu einer unzureichenden Förderung der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Darüber hinaus

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

sind eine Absenkung des Lernerfolges des gesamten Klassenverbandes und eine signifikante Überforderung der Regelschul-Lehrkräfte die Folgen.

Zudem bieten ausgewiesene Förderschulen optimale räumliche und sächliche Voraussetzungen, um eine umfängliche Entwicklung der Schüler mit Förderbedarf gewährleisten zu können.

Wenn der Grad der Beeinträchtigung eines Schülers eine erfolgreiche reguläre Beschulung erwarten lässt und optimale Lern- und Förderbedingungen vorliegen, spricht nichts gegen eine Inklusion in den Regelunterricht.